



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/73

29. März 1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

ERP-Hilfe und "Verteidigungslast"	S. 1
Die militärische Stärke Skandinaviens	S. 3
SED will West-Gewerkschaften unterminieren	S. 4
McArthur unter Kuratel	S. 6

Unzweckmässiger Druck

(sp) Der Chef der ECA-Sondermission in Westdeutschland, Jean Cattier, hat unmissverständlich erklärt, dass die Fortführung der ERP-Hilfe davon abhängig gemacht würde, dass die Bundesrepublik "einen angemessenen Teil der Verteidigungslast des Westens übernimmt." In einem Gespräch mit dem Bundeskanzler verlieh Cattier dieser Forderung Nachdruck. Dass dabei auch die Vorschläge McCloy's, die auf Kontrollen des Aussenhandels und eine straffere Lenkung bezw. Planung der Wirtschaftspolitik hinauslaufen, erörtert wurden, sei hier nur am Rande erwähnt.

Die Koppelung von ERP-Hilfe und "Verteidigungslast" muss überraschen. Gilt sie den offiziellen 5.6 Milliarden und den wahrscheinlichen nichtoffiziellen zusätzlichen Milliarden Besatzungskosten - die ja nur zu einem Teil Verteidigungskosten sind - so ist sie für die deutsche wie für die amerikanische Seite unzweckmässig, denn die Ziele der ERP-Hilfe und die Ziele der Besatzungskosten sind sehr verschiedene Dinge. Gilt die Bedingung dem freien Zugang zu rüstungswichtigen Rohstoffen in der Bundesrepublik, so hat die Bundesregierung eine entsprechende Garantie ohnehin bei der ersten Revision

des Besatzungsstatuts übernommen. Gilt es jedoch Cattiers Bedingung einer Verteidigungslast ausserhalb der beiden genannten Zusammenhänge, so ist sie vollends unverständlich, denn dann wären erst einmal die Voraussetzungen für die Übernahme dieser Lasten zu klären. Auch das Wort "angemessen" würde dann nach einer sehr präzisen Definition verlangen.

Gegenwärtig stehen für die Bundesrepublik im Sektor "Verteidigungslasten" drei Probleme zur Diskussion: reine Verteidigungskosten im Rahmen des Haushalts der Besatzungsmächte, reine Besatzungsaufwendungen im gleichen Zusammenhang und der erwähnte Zugang zu den Rohstoffen. Weder die militär-technischen Gespräche auf dem Petersberg noch die akademischen Diskussionen über den Pleven-Plan in Paris rechtfertigen bisher, dass die Forderung auf Übernahme erhoben wird. Warum sie also stellen? Es genügte in den letzten Tagen Presse und Rundfunk der SED und ihrer Parteigänger zu verfolgen, um zu erkennen, wem allein die Äusserung Cattiers einen Dienst erwiesen hat. Es ist überdies ein Mangel an psychologischem Einfühlungsvermögen auch gegenüber der Bevölkerung in Westdeutschland, wenn solche Bedingungen aufgestellt werden. Sie bedeuten die Ausübung eines Druckes gerade dort, wo die freiwillige Übernahme von Lasten die Voraussetzung für eine Stärkung der gemeinsamen Verteidigung des Westens ist. So verständlich es ist, wenn die Amerikaner für die Gelder, die sie in die Bundesrepublik fliessen lassen, politische und wirtschaftliche Sicherheiten haben wollen, so unwahrscheinlich ist es, dass diese durch einen Druck, wie ihn Cattiert demonstrierte, zustandekommen können. Ein Ausgleich politischer Interessen findet gewiss sehr häufig nach der Methode des Gebens und Nehmens statt. Aber diese führt zu nichts Dauerhaftem und Erspriesslichem, wenn dahinter der Druck des Übersächtigen auf den Schwachen steht.

Die Verteidigung Skandinaviens

K.R.X.Kopenhagen, Ende März.

Vor einigen Tagen haben die Verteidigungsminister Schwedens, Norwegens und Dänemarks in gleichzeitig veröffentlichten Interviews in "Nationaltidende" zur militärischen Bereitschaft ihrer Länder Stellung genommen. Der dänische Verteidigungsminister teilte mit, dass Dänemark heute etwas weniger als 100.000 Mann ausgebildete und kampffähige Soldaten habe, dass man aber hoffe, Ende 1952 über 160.000 Mann in allen drei Verteidigungszweigen zu haben, wozu dann noch die Mannschaften der Heimwehr kämen. Verglichen mit den anderen beiden nordischen Ländern und den Möglichkeiten, die auch Dänemark hat, sind die dänischen Rüstungen ungenügend.

Norwegen wird Ende nächsten Jahres 270.000 Mann mobilisieren können, und Waffen für sie werden dann genügend vorhanden sein. Die Lasten, die Norwegen dadurch auf sich nimmt, sind enorm. Der norwegische Verteidigungsminister ist jedoch davon überzeugt, dass die überwältigende Mehrheit des Volkes hinter diesen Massnahmen steht.

Schweden nimmt militärpolitisch unter allen Ländern diesseits des Eisernen Vorhangs eine Sonderstellung ein. Schweden ist das einzige Land unter den Demokratien, das nach 1945 nicht ab-, sondern aufgerüstet hat. Schweden hat also im Vergleich zu Dänemark und Norwegen keinerlei Versäumnisse nachzuholen, sondern kann auf dem beharrlich Geschaffenen weiterbauen. Es verfügt nach England über die stärkste Flotte Europas und kann 500.000 Mann in sehr kurzer Zeit mobilisieren. Die Ausbildung der Heimwehr ist in den letzten Jahren allerdings etwas ins Hintertreffen geraten. Alles in allem werden die drei skandinavischen Länder Ende 1952 mehr als 900.000 Mann mobilisieren können.

Diese an sich nicht unbefriedigende Situation hat allerdings einen Schönheitsfehler. Die 900.000 Mann würden nämlich keine einheitliche Streitmacht sein, da Schweden zum Unterschied von Dänemark und Norwegen nicht dem Atlantikpakt angehört und an seiner Neutralitätspolitik unverbrüchlich festhält. Das bedeutet, dass die Bewaffnung der drei Armeen ebensowenig einheitlich ist, wie

es das Kommando werden kann. Es kann sein, dass die militärische Stärke Schwedens den Angreifer abhält, der es trotz Dänemarks Zugehörigkeit zum Atlantikpakt sicherlich nicht schwer hätte, die dänischen Inseln zu besetzen und Öresund und die Belte dadurch zu schliessen. Schweden wäre dadurch im wahrsten Sinne des Wortes neutralisiert.

Die Diskussion über die Neutralitätspolitik Schwedens wird übrigens im Lande selbst fortgesetzt. In "Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning" kam in zwei Artikeln die Befürchtung zum Ausdruck, dass Schweden die Politik aus dem zweiten Weltkriege wiederholen und russischen Truppen den Durchmarsch gestatten würde. Darauf antwortete Lussenminister Undén in einem "Eingesendet" in der gleichen Zeitung. Schweden, so schrieb Undén, werde im Falle eines Krieges den Durchmarsch russischer Truppen selbstverständlich mit bewaffneter Hand ablehnen. Das unbemerkt gebliebene "Eingesendet" Undéns ist etwas wie eine politische Sensation. Während die Diskussion weitergeht, kratzt sich der Verteidigungsminister Vougt bekümmert den Kopf: USA liefern der schwedischen Luftwaffe nicht die unbedingt notwendigen Radargeräte. Dies mit Rücksicht auf Schwedens Neutralitätspolitik. Beim heutigen Stande der Kriegstechnik sind jedoch Nachtjäger ohne Radargeräte nur von geringem Wert.

+ + +

SED-Plan gegen West-Gewerkschaften

(sp) Die über Ostern in Ostberlin abgehaltene "Europäische Arbeiterkonferenz" stand im Zeichen des weltweiten Moskauer Spiels, eine bereits aussichtslos gewordene Position zu aktivieren. Hinter der Parole "Aktionseinheit der Arbeiterklasse" verbirgt sich nichts Geringeres als die Absicht, die freien Gewerkschaften in Westdeutschland und Westeuropa unter kommunistischen Befehl zu bekommen. Als Vorwand dient die sogenannte "Remilitarisierung" Westdeutschlands, obwohl hundertfältig bewiesen werden kann, in welchem hohem Masse bereits die ostzonale Industrie direkt oder indirekt für die sowjetischen militärischen Interessen eingespannt ist.

Unter diesem Blickwinkel nur sind in der Satzone u.a. die Ar-

beitsnormerhöhungen in den industriellen Schwerpunkten, die Vernachlässigung der Konsumgüterindustrie zugunsten bestimmter Produktionsgüterindustrien, die auffallende Verstärkung der Frauenarbeit in der Schwerindustrie und selbst in den Gruben, die Aufhebung der freizügigen Arbeitsvermittlung und die Einführung der Massenaushebungen für bestimmte "operative Arbeitsaufgaben" zu verstehen. Über diese Tatsachen war natürlich nichts auf der "Europäischen Arbeiterkonferenz" zu vernehmen. Auch keine Silbe darüber, dass rund 40 Grossbetriebe und Kombinate aller wichtigen Industriezweige in der Ostzone nahezu ausschliesslich für den osteuropäischen Rüstungssektor arbeiten. Dafür war unsomehr die Rede von der "Remilitarisierung" Westdeutschlands. In dieser Stelle soll sich nach dem neuesten Fahrplan die "Aktionseinheit der Arbeiterklasse" unter kommunistischer Regie einschalten. Das getarnte Ziel ist die Unterminierung und Unterhöhlung der freien Gewerkschaften in Westdeutschland.

+ + +

Viel Lärm um einen verprügelten "Friedenskämpfer"

T. Noch unbekannte Täter haben vor etlichen Tagen einen "Friedenskämpfer", der im amerikanischen Sektor Berlins ungestraft kommunistische Propaganda getrieben hat, obwohl er Arzt und nicht einmal ein Deutscher, sondern Bulgare französischer Staatsangehörigkeit ist, verprügelt. Viel ist ihm nicht geschehen, aber die Tatsache an sich genügt der gesamten Ostberliner Presse, in Wort und Bild offen zum Mord an dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Prof. Dr. Ernst Reuter aufzufordern.

Der "Friedenskämpfer" Dr. Pawloff, der seine Patienten in der Sprechstunde aufforderte, Listen für die Achtung der Atombombe zu unterzeichnen, der Weihnachtsfeiern für alte Leute durch kommunistische Propagandareden störte, hat die Freiheit der Westsektoren seit Monaten planmässig missbraucht. Ein paar Ohrfeigen, die er deswegen erhielt, werden mit Mordandrohungen beantwortet - das ist der einzige Anlass, der die Angelegenheit für die Öffentlichkeit interessant macht.

+ + +

- 6 -

McArthur unter Kuratel

-dt. Mit dem Augenblick, da Washington sich offiziell von McArthurs österlichen Waffenstillstandsangebot an Rotchina distanzierte, wurde diese Aktion zur Eskapade eines Generals mit politischem Ehrgeiz. Andererseits waren die Aussichten gering, dass Washington derart massive Drohungen gegen Rotchina sanktionieren würde, wie sie McArthur ausgesprochen hat. Die Ablehnung Fekings konnte also nicht mehr überraschen.

Die Lage ist nun verwirrter denn je. An sich fiel das Angebot McArthurs in eine Situation, die durchaus reif war für eine Beilegung des unglückseligen Koreakrieges. Daher ist es zu bedauern, dass McArthur rascher gehandelt^{hat} als die hierzu berufenen Diplomaten. McArthurs Voreiligkeit, projiziert auf den Hintergrund seines politischen Ehrgeizes, lässt den Schluss zu, dass der General bewusst einen Torpedo abgeschossen hat, um eine von berufener Seite lancierte Befriedigungsaktion zu stören. Denn McArthur ist von der Idee besessen, Tschiang-Kai-schek in China wieder zur Macht zu verhelfen; das könnte er heute nur über eine Ausweitung des koreanischen Konfliktes. Daher hat er von vornherein Bedingungen gestellt, die nur von einem restlos geschlagenen Gegner angenommen werden können.

Nach Ansicht McArthurs ist Rotchina militärisch am Ende. Aber der Oberbefehlshaber der UNO-Truppen hat sich schon öfter als einmal nicht nur politisch, sondern auch militärisch geirrt. Ob China militärisch erledigt ist und ob nicht in letzter Minute Moskau eingreift, wird man nicht am 38. Breitengrad beurteilen dürfen, sondern nördlich davon an der "Wespentaille" Koreas, wo allein eine vernünftige Verteidigungslinie - nach Norden wie nach Süden - aufgebaut werden kann. Erst wenn die UNO-Truppen diese Linie überrannt haben, kann man von der Annahme - keineswegs schon von der Gewissheit - einer rotchinesischen militärischen Erschöpfung sprechen. Auch dann aber wäre immer noch die Haltung Moskaus offen, und es wäre - Tschiang-Kai-schek ausgenommen - für niemanden angenehm zu wissen, dass es von einem McArthur abhängt, ob Sowjetrussland mit seinem ganzen Gewicht in Korea oder China engagiert werden soll. Zwar deutet alles daraufhin, dass Stalin zur Zeit an Komplikationen, also an einem militärischen Engagement in Ostasien nicht interessiert ist, aber dies zu erproben, kann und darf nicht Aufgabe McArthurs sein. Es wäre daher zu wünschen, dass McArthur politisch wirklich unter Kuratel gestellt wird, wie verschiedentlich gefordert wurde.